

- Verfahrensvermerk**
- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses des Stadtrates vom 27.08.97. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist am 18.09.97 erfolgt.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Behörde ist gemäß § 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. Abs. 3 BauZVO beteiligt worden.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 12.09.97 zur Angabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Der Stadtrat hat am 27.08.97 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Der 1. Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung (Teil C) haben in der Zeit vom 28.08.97 bis zum 28.10.97 während der üblichen Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 18.09.97 ortsüblich bekanntgemacht worden.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Der katastermäßige Bestand am 06.05.99 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Leiter des Katasteramtes
  - Der Stadtrat hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 25.02.98 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) und der Begründung (Teil C) wurde am 25.02.97 vom Stadtrat als Satzung beschlossen.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Der Stadtrat hat am 25.11.98 den 2. Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Der 2. Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung (Teil C) haben in der Zeit vom 14.12.98 bis zum 08.01.99 während der üblichen Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 03.12.98 ortsüblich bekanntgemacht worden.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Der Stadtrat hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 31.03.99 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden (1. Nachtrag zur Abwägung).  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Die Satzungsänderung erfolgt am 31.03.99.  
Coswig, den 06.05.99  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister
  - Die Genehmigung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) und der Begründung (Teil C), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 21.06.1999, AZ: 51-25/11-20-60 Coswig 16/1 mit Hinweisen erteilt.  
Coswig, den 22.03.01  
  
(Unterschrift)  
Der Oberbürgermeister

## Bebauungsplan "Coswig - Forststraße"

Der Bebauungsplan "Coswig - Forststraße" besteht aus:  
Teil A: Planzeichnung  
Teil B: Textliche Festsetzungen  
Teil C: Begründung

Gesetzliche Grundlagen:  
• Baugesetzbuch (BauGB)  
• Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. vom 22.04.1993  
• Planzonenverordnung (PlenZVO 90) i.d.F. vom 18.12.1990

### TEIL B TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

#### I. BAUPLANRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

##### 1. Art der baulichen Nutzung

- Allgemeines Wohngebiet (WA) gemäß § 4 BauNVO
- In Anwendung des § 9 Abs. 1 Nr. 6. BauGB darf die Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden höchstens 2 betragen.

##### 2. Maß der baulichen Nutzung

- Die Zahl der Vollgeschosse wird auf 2 festgesetzt.
- Für die Höhe der baulichen Anlagen sind Traufhöhe (TH) und Firsthöhe (FH) bestimmend. Als Höchstmaß werden festgesetzt: TH = 4,20 m über Bezugspunkt FH = 9,50 m über Bezugspunkt  
Bezugspunkt ist der höchstgelegene Punkt der öffentlichen Verkehrsfläche (Straßenbegrenzungslinie) vor dem Gebäude.  
Die Traufhöhe (TH) entspricht der Höhe vom Bezugspunkt bis zum Schnittpunkt von Außenwandfläche und Dachfläche.
- Das Höchstmaß der Grundflächenzahl der Wohngebäude GRZ = 0,4
- Das Höchstmaß der Geschossflächenzahl der Wohngebäude GFZ = 0,8

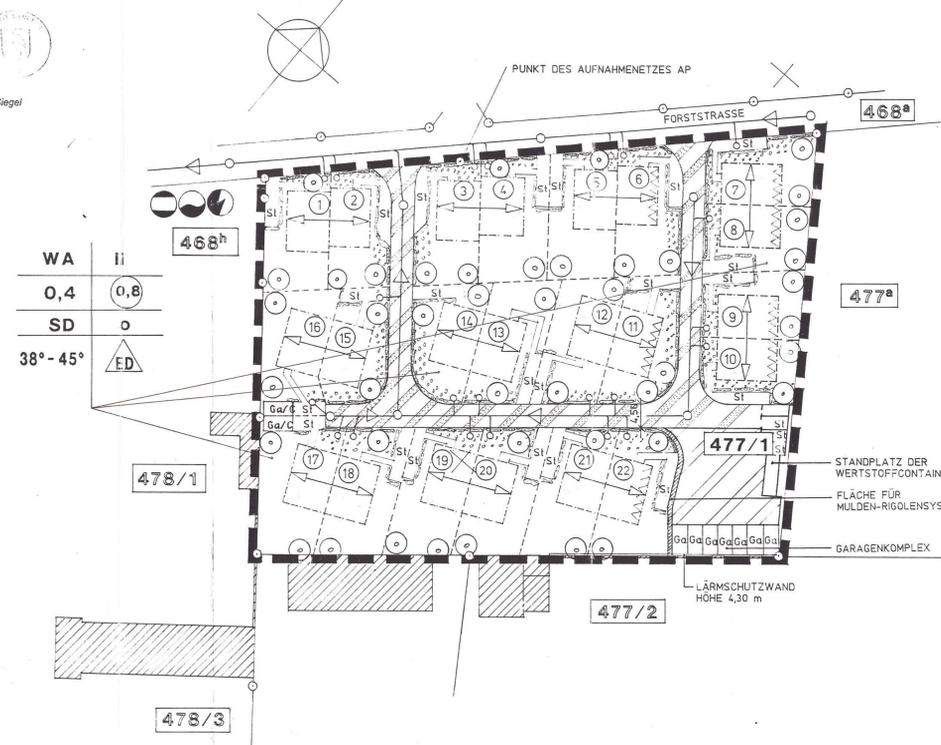
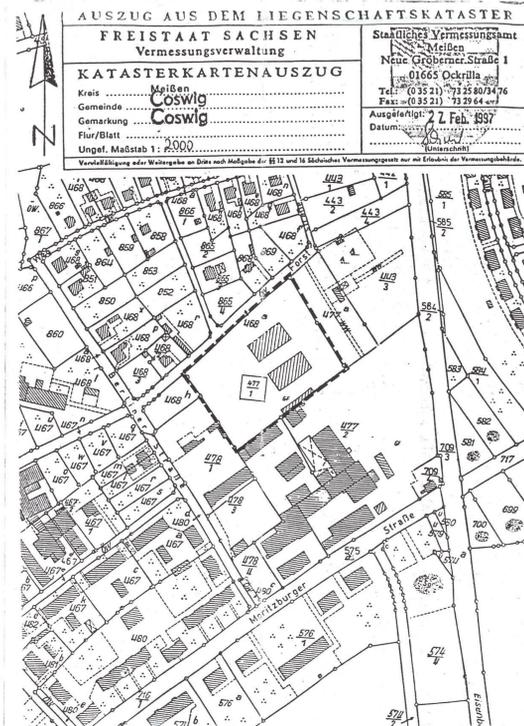
## Satzung der Stadt Coswig über den Bebauungsplan Wohnungsbaustandort "Forststraße"

Auf Grund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466), § 1 Abs. 2 des Maßnahmengesetzes zum BauGB (BauGB-Maßnahmengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1993 (BGBl. I S. 622) sowie nach § 63 der sächsischen Bauordnung (SächsBO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.07.1994 (SächsGVBl. S. 375), wird nach Beschlußfassung durch den Stadtrat der Stadt Coswig vom 25.02.1998 und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde folgende Satzung über den Bebauungsplan "Forststraße" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung (Teil C), erlassen:

- Teil A - Planzeichnung  
bestehend aus Rechtsplan mit integriertem Ordnungsplan (Fassung vom 03.02.1998) geänderte Fassung vom 01.03.99
- Teil B - Text  
der textlichen Bestimmungen sind in der Planausfertigung enthalten.  
geänderte Fassung vom 01.03.99
- Teil C - Begründung  
geänderte Fassung vom 01.03.99

Coswig, 05.03.1998

Reichenbach  
Oberbürgermeister



#### 3. Bauweise

- Es wird offene Bauweise vorgeschrieben.
- Es sind nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig.
- Die Firstrichtung und die Stellung der baulichen Anlagen ergeben sich aus Teil A des Bebauungsplanes.

#### 4. Nebenanlagen

Nebenanlagen für die Kleintierhaltung sind nicht zulässig.

#### 5. Verkehrsflächen

Im gesamten Baugelände wird die Anliegerstraße mit Asphaltbelag ausgeführt. Sie ist als Einbahnstraße und verkehrsberuhigter Bereich auszuweisen. Die Entwässerung der Verkehrsflächen erfolgt über ein Mulden-Rigolensystem.

#### 6. Stellplätze, Garagen und Carports

- Die Anzahl der Stellplätze richtet sich nach § 43 VwV-SächsBO und sind nur auf den dafür festgesetzten Flächen zulässig. Die Stellplätze sind generell nicht zu versiegeln, sondern mit wettig verlegtem Pflaster, Rasengetriebeplatten o.ä. zu befestigen.
- Garagen sind nur auf den überbaubaren Grundstücksflächen und auf den dafür ausgewiesenen Flächen zulässig.
- Die Garagen des Garagenkomplexes sind einheitlich, eingeschossig, ohne Unterkellerung, mit Flachdach zu errichten.

#### 7. Höhe des Erdgeschossfußbodens

Die Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) der Gebäude darf höchstens 0,50 m über dem Bezugspunkt liegen. Bezugspunkt ist der höchstgelegene Punkt der öffentlichen Verkehrsfläche (Straßenbegrenzungslinie) vor dem Gebäude.

#### 8. Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubaren Grundstücksflächen ergeben sich aus dem Teil A des Bebauungsplanes. Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind gemäß den grünordnerischen Festsetzungen zu begründen.

#### 9. Anforderungen an das Baugrundstück

Die Größe der Baugrundstücke ergibt sich aus dem Teil A des Bebauungsplanes. Sie muß mindestens 280 m² betragen.

#### 10. Lärmschutz

Die Fensterverglasungen der Gebäude ist entsprechend der Darstellung im Teil A des Bebauungsplanes auszuführen.

#### 11. Versickerung des Niederschlagswassers

Das Niederschlagswasser der Dachentwässerung wird auf den Grundstücksflächen versickert.

#### II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

##### 1. Gebäude

- Dachform:  
- Satteldach mit einer Neigung von 38° bis 45°
- Dachaufbauten / Dachabschnitte:  
- sind nach folgender Maßgabe zulässig: Dachgauben als Einzelgaube mit einem Mindestabstand zum Ortsgiebel und zur Hauswand von 1,25 m  
- Unterbrechungen der Traufe im Bereich der Gauben sind zulässig  
- Dachabschnitte sind unzulässig
- Kniestock:  
- die Ausbildung eines Kniestockes ist bis zu einer konstruktiven Höhe von 1,00 m zulässig
- Dachendeckung:  
- nur Hartdacheindeckungen in rot-, brauner oder anthrazitfarbener Tönung  
- Sonnenkollektoren zur Energiegewinnung sind zulässig
- Doppelhäuser:  
- sind hinsichtlich der Dachneigung, Kniestockhöhe, Material und Farbe der Dachendeckung, Fassadengestaltung, F-Isolier- und Gesimmsbildung einheitlich zu gestalten.
- Stellplätze, Garagen und Carports  
- sind nur auf den ausgewiesenen Flächen zulässig.
- Einfriedigungen:  
- sind auf der entlang der Grundstücksgrenze festgelegten Vorgartenlinie als Holzgitter- oder Drahtgitterzaun mit geschweiften Laubhecken bis zu einer Höhe von maximal 1,10 m zulässig. Jägerzäune sind unzulässig.
- Standplätze für Müllbehälter:  
- Je Wohnstätte ist ein Müllbehälter 120 l vorzusehen.  
Der Standplatz ist auf dem Baugrundstück sonnen- und windgeschützt anzulegen, um Geruchsbelästigungen zu vermeiden.

#### III. GRÜNORDNERISCHE FESTSETZUNGEN

##### 1. Pflanzgebot für private Grundstücksflächen

- Auf jedem Baugrundstück einer Doppelhaushälfte sind zwei kleinblättrige Bäume, davon ein Baum straßenbegleitend, zu pflanzen. Es wird festgesetzt, daß ausschließlich einheimische Laubgehölze (Birke, Linde, Buche, Ahorn, Kastanie, Nußbaum u.ä.) gepflanzt werden dürfen. In den Hausgärten werden Obstgehölze in Hochstammform empfohlen.
- Die straßenbegleitende Bepflanzung erfolgt  
- entlang der Forststraße mit Weibke, Hochstamm, SIU 14/16, 3x verpflanzt mit Ballen,  
- entlang der Anliegerstraße mit Baumhasel, Hochstamm, SIU 14/16, 3x verpflanzt mit Ballen,  
- entlang der Grundstücksgrenzen und der Stellplätze mit Hainbuchenhecke.

- Verbleibende Vegetationsflächen sind durch Rasensaat zu begrünen oder gärtnerisch zu gestalten und zu pflegen. Die Begrünung der Stellplätze wird durch breite Fugenausbildung, Einkehren von Mutterboden und die Aussaat geeigneter Rasensmischungen gezielt gefördert. Damit der Rasen von mechanischer Beanspruchung ausreichend geschützt ist, dürfen die Fugen nicht völlig verfüllt werden.
- Die Bepflanzung mit griffligen Pflanzen aller Art ist nicht zulässig.
- Die Lärmschutzwand im Anschluß an die Garagen ist mit selbstklimmendem wilden Wein (Parthenocissus tricuspidata "velthee") oder mit Efeu (Hedera helix) zu begrünen.

##### 2. Gebaute Elemente

Für den erforderlichen Sicht- und Windschutz sowie zur Abtrennung geschützter Sitzplätze sind an der Grenze zwischen den Doppelhaushälften, jeweils im Terrassenbereich, Sichtschutzelemente bis zu einer Gesamtlänge von 4,0 m und bis zu einer Gesamthöhe von 1,80 m zulässig.

#### IV. HINWEISE

##### 1. Bodenfunde

- Das Plangebiet ist Teil einer komplex strukturierten Kulturlandschaft mit hoher archäologischer Relevanz. Rechtzeitig vor Beginn der Erschließungs- und Bauarbeiten müssen im gesamten betroffenen Areal vorbereitende archäologische Grabungen unter Anleitung des Landesamtes für Archäologie (LFA) durchgeführt werden. Eine vertragliche Regelung zwischen LFA und Verursacher wurde abgeschlossen.
- Archäologische Funde (das sind auffällige Bodenerfahrungen, Gefäßscherben, Gräber, Knochen, Geräte aus Stein und Metall, Münzen, bearbeitete Hölzer, Steinsetzungen aller Art u.ä.) sind sofort dem Archäologischen Landesamt Sachsen, Tel. Dresden 52 591, zu melden. Fundstellen sind inzwischen vor weiteren Zerstörungen zu sichern.
- Der Passus unter 1.1. ist schriftlich im Wortlaut den bei Flächenerschließungen mit Erdarbeiten beauftragten Firmen zu übermitteln und muß an deren Baustellen vorliegen.
- Der Passus unter 1.1. ist schriftlich im Wortlaut stets Einzelbauherren zu übermitteln und muß an den Baustellen ihrer mit Erdarbeiten beauftragten Firmen vorliegen.
- Sollte im Zuge der Erd- oder sonstigen Bauarbeiten ein unbekannter Kontaminationsherd (z.B. verdeckte Deponie, Ablagerungen unbekannter Stoffe, Mineralölküsten, Verzapfung von Chemikalien u.ä.) berührt oder angeschnitten werden, so sind die Bauarbeiten sofort einzustellen und die zuständige Umweltbehörde, das Umweltschutzamt im LRA Meißen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

##### 2. Freileitungen

Freileitungen für Telekommunikation und Niederspannungsfreileitungen sind innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches unzulässig.

##### 3. WärmeverSORGUNG

Es wird empfohlen, das Baugelände an die FernwärmeverSORGUNG anzuschließen.

Coswig, 01.03.1999

## Legende

### Planerische Festsetzungen

- ART DER BAULICHEN NUTZUNG: WA - ALLGEMEINES WOHNGEBIET
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG: II - ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
- GRZ - GRUNDFLÄCHENZAHL 0,4  
GFZ - GESCHOSSFLÄCHENZAHL 0,8
- BAUWEISE:  NUR EINZEL- UND DOPPELHAUSER ZULÄSSIG
-  OFFENE BAUWEISE
- SD SATTELDACH
- DN DACHNEIGUNG 38° - 45°

### FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE:

BAULICHE NUTZUNG	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
GRZ	GFZ
DACHFORM	BAUWEISE
DACHNEIGUNG	BAUART

### Grünordnerische Festsetzungen

-  VORGÄRTEN
-  HECKEN
-  BÄUME

### Begrenzungen

-  GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
-  VORHANDENE GRUNDSTÜCKSGRENZE MIT GRENZPUNKT
-  NEUE GRUNDSTÜCKSGRENZE ALS VORSCHLAG
-  BERUHGTE VERKEHRSSZONE - ÖFFENTLICH
-  BERUHGTE VERKEHRSSZONE - PRIVAT
-  BAULINIE
-  BAUGRENZE

### Weitere Zeichen

-  477/1 FLURSTÜCKSNUMMER
-  1 BAUPLATZNUMMER
-  ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE
-  GARAGE
-  GARAGE/CARPORT
-  OFFENER STELLPLATZ
-  FIRSTRICHTUNG
-  ABWASSERENTSORGUNG IM MISCHSYSTEM
-  ELEKTRO - ÜBERGABEPUNKT
-  WASSER - ÜBERGABEPUNKT
-  ERDGAS - ÜBERGABEPUNKT
-  GEBÄUDESEITE MIT FENSTERVERGLASUNG IN SCHALLSCHUTZKLASSE IV

## Bebauungsplan

GEMÄSS PARAGRAPHEN 9 UND 30 BAUGB

STADT/GEMEINDE:

01640 COSWIG

STRASSE:

FORSTSTRASSE

FLURSTÜCK-NR.:

477/1

COSWIG,

UNTERSCHRIFT:

ENTWURFSVERFASSER:

DIPL.-ING./FH-H.-DIETER GÄBEL  
ZSCHONERBLICK 42 TEL./FAX: 0351 - 4210909  
01462 GOMPITZ

GOMPITZ, 0103.1999

UNTERSCHRIFT:

MASSSTAB:  
1 : 500

BLATT-GRÖSSE:  
A0

BLATT-NUMMER:  
001